

1. Zusatzbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung steigen

Anfang des Jahres trat das Zweite Pflegestärkungsgesetz in Kraft. Es sorgt für leicht verbesserte Leistungen und mehr Unterstützungsberechtigte. Zur Finanzierung wurde der Beitrag zur gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,2 Prozentpunkte erhöht. Damit ist es für viele Kassenpatienten allerdings nicht getan – denn jede vierte Krankenkasse hat überdies ihren Zusatzbeitrag angehoben. Die Spanne reicht nun von 0,3 bis 1,8 Prozent. Je nach Bundesland kann man also bis zu 1,5 Prozent seines Einkommens mit einem Wechsel sparen.

Die unrühmliche Spitzenposition unter den teuren Kassen hat die BKK Vital inne, die ihren Zusatzbeitrag um 0,5 Prozent erhöhte. Bei ihr müssen die Versicherten nun insgesamt 16,4 Prozent zahlen. Ein Zehntelprozent weniger ist es beim letztjährigen „Spitzenreiter“ VICTIV. Es folgen die DAK mit 1,5 Prozent Zusatz- und damit 16,1 Prozent Gesamtbeitrag sowie mit jeweils 1,4 bzw. 16,0 Prozent die securvita, IKK classic, BKK Pfalz und Bahn-BKK.

2. Inflation zieht an, Zinsen verharren im tiefen Tal

1,7 Prozent Inflation standen im vergangenen Dezember in Deutschland zu Buche – zuletzt wurde 2013 ein so hoher Wert registriert. Für die meisten Marktbeobachter kam diese Entwicklung überraschend, hatte der Teuerungssatz doch noch im November bei 0,8 Prozent gelegen – und damit gemessen an den Vormonaten und -jahren bereits auf hohem Niveau. Ein Ausrutscher dürfte der Anstieg aber nicht gewesen sein: Für Januar rechnet die Bundesbank sogar mit 2 Prozent Inflation.

Für Sparer sind das grundsätzlich keine guten Nachrichten: Da die Niedrigzinsphase unverdrossen anhält, droht ihnen eine stärkere Entwertung ihres Kapitals. Laut einer aktuellen Studie erhält der Durchschnittsbürger eine Verzinsung von 1,5 Prozent. Unterm Strich steht derzeit also ein Realverlust. Wer das nicht hinnehmen möchte, sollte seine Vermögensallokation stärker auf Rendite ausrichten. Aktieninvestments sind dazu das Mittel der Wahl, da sie langfristig hohe Sicherheit mit zumeist ordentlichem Wertzuwachs vereinen. Momentan stecken rund 78 Prozent der deutschen Anlegergelder in Hochsicherheitsvehikeln, die nur minimale Gewinne abwerfen.

3. Das hat sich in puncto Rente geändert

Seit Anfang 2017 gelten einige neue Regeln für die gesetzliche Rente. Die wichtigsten Änderungen im Überblick:

- **Altersgrenzen:** Angehoben wurde zum einen die Regelaltersgrenze, die nun bei 65 Jahren und 6 Monaten liegt und für den Jahrgang 1952 greift. Bis 2031 wird die Schwelle sukzessive weiter bis auf 67 Jahre erhöht. Zum anderen gilt für die abschlagsfreie Rente für langjährige Beitragszahler nun ein Mindestalter von 63 Jahren und 4 Monaten. Das betrifft den Jahrgang 1954; nachfolgende müssen jeweils zwei Monate länger arbeiten.
- **Arbeiten im Alter:** Wer auch nach Erreichen der Altersgrenze noch weiterarbeitet, kann nun weiterhin Beiträge abführen und damit seine Rente erhöhen.
- **Beitragsbemessungsgrenze:** Die Einkommensgrenze, bis zu der Beiträge für die Rente abgezogen werden, liegt nun bei 6.350 Euro (West) bzw. 5.700 Euro (Ost.)
- **Rente für Pflegeleistungen:** Im Zuge der jüngsten Pflegereform können Pflegenden höhere Rentenanwartschaften erlangen, wenn sie Angehörige ab Pflegegrad 2 in häuslicher Umgebung pflegen.

- **Freiwillige Versicherung:** Wer ohne gesetzliche Verpflichtung in die Rentenkasse einzahlt, kann nun monatlich bis zu 1.187,45 Euro dafür aufwenden (bisher 1.159,40 Euro).

4. Das Britische Pfund ist billig wie lange nicht – sollte man zugreifen?

Im Gefolge der Brexit-Entscheidung rauschte der Kurs des Britischen Pfunds nach unten, und zwar schneller und weiter als in der Pfundkrise von 1992 und während der Finanzkrise 2008. Auch wenn es sich zuletzt wieder etwas erholt hat, liegt der reale effektive Wechselkurs (REER, inflationsbereinigt) rund 15 Prozent unter dem langjährigen Durchschnitt der letzten Jahrzehnte.

Ein guter Einstiegszeitpunkt, könnte man als Anleger meinen. Immerhin erfreuen sich die Briten einer robusten Konjunktur, so dass sich das Pfund mittelfristig erholen könnte. Doch Marktbeobachter sind skeptisch, was die weiteren Aussichten angeht. Denn nicht nur der Brexit droht als schwere ökonomische Sturmfront am Horizont. Hinzu kommt ein unguter Dreiklang aus Haushalts- und Leistungsbilanzdefizit sowie stark verschuldeten Privathaushalten. Diese Melange übt zusätzlichen Druck auf das Pfund aus – und wird sich unter Brexit-Bedingungen auch nicht so schnell bessern.

5. Telematik-Prinzip bald auch für Hausratversicherungen?

Seit einiger Zeit gibt es Versicherungspolizen, die das Kundenverhalten digital auswerten, sogenannte Telematik-Tarife. In der Kfz-Versicherung zeichnet eine kleine Box das Fahrverhalten auf, das bei entsprechender Vorbildlichkeit zu einem Beitragsnachlass führt. Wer dagegen sportliche Aktivität nachweist – etwa mittels Fitnesstracker oder Fitnessstudio-Bescheinigung – kann seine Prämien zur Berufsunfähigkeits- oder Risikolebensversicherung damit senken.

Dieses Prinzip soll nun auch auf Hausratversicherungen übertragen werden, wenn auch zunächst in abgewandelter Form. Ein deutscher Direktversicherer hat mit der Google-Tochter Nest Labs kürzlich einen Kooperationsvertrag geschlossen. Nest Labs produziert selbst lernende Geräte wie Thermometer und Kameras, aber auch Rauchmelder. Wer künftig eine Hausratpolice bei dem Direktversicherer abschließt, kann die intelligenten, per Smartphone steuerbaren Rauchmelder für den halben Preis erwerben – immerhin wird die Wohnung durch ihre Anschaffung ja sicherer. Ein Schnäppchen sind sie allerdings nicht: 119 Euro beträgt der reguläre Preis pro Stück. Ob demnächst Nest-Labs-Geräte auch das Bewohnerverhalten auswerten werden, um Beitragsrabatte zu ermöglichen, steht laut Versichererangaben noch nicht fest.

6. „German Resi“ bei internationalen Investoren immer beliebter

Deutsche Wohnimmobilien – „German Resi(dential)“ – als Investment setzten ihren Aufwärtstrend auch 2016 fort. Bei Paketverkäufen ab 50 Wohnungen aufwärts wurden 13,7 Milliarden Euro umgesetzt. Vor allem das letzte Quartal erwies sich als umsatzstark.

Der Anteil deutscher Investoren an diesem Geschäft ist dabei deutlich rückläufig. Bei rund 70 Prozent lag er 2016 – im Jahr zuvor waren es noch 87 Prozent. Darin spiegelt sich die ungebrochene oder sogar wachsende Attraktivität deutscher Wohnimmobilien für ausländische Anleger wider. 4,3 Milliarden Euro pumpten sie im letzten Jahr in den hiesigen Markt für Wohnungsportfolios. Das meiste Kapital

kam aus Nordamerika, dem Mittleren Osten und Asien. Für „German Resi“ bezahlten die Investoren durchschnittlich 1.245 Euro pro Quadratmeter.

Angesichts weiterhin bestehender Angebotsknappheit in den Metropolen wird allgemein mit einem weiteren Preisanstieg auch im laufenden Jahr gerechnet. 2016 lag der Kaufpreis pro Wohneinheit bei Portfoliotransaktionen um satte 35 Prozent über dem Vorjahreswert.

7. Studie befürwortet GKV-Pflicht für Beamte – und erntet Kritik

Rund 85 Prozent der aktiven und pensionierten Beamten sind privat krankenversichert. Ihr Dienstherr zahlt ihnen eine Beihilfe für medizinische Leistungen, den Rest übernimmt die – zumeist beitragsgünstige – Versicherung. Die Bertelsmann Stiftung hat nun in einer neuen Studie das System unter die Lupe genommen und Alternativen durchgerechnet.

Ergebnis: Wenn es nicht zu Änderungen kommt, steigen die Beihilfekosten von Bund und Ländern von 11,4 Milliarden Euro (2014) bis 2030 auf über 20 Milliarden Euro jährlich. Einsparungen von rund 60 Milliarden ließen sich jedoch bis 2030 erzielen, wenn der größte Teil der privat versicherten Beamten in die gesetzliche Versicherung (GKV) wechseln würde. Eine GKV-Pflicht bis zu einem Jahresverdienst von 57.600 Euro würde circa zwei Drittel der derzeit rund drei Millionen privat versicherten Beamten betreffen.

Kritik an der Studie kam nicht nur vom Verband der Privaten Krankenversicherung e. V., sondern auch von Bundesärztekammer-Präsident Ulrich Montgomery. Seiner Ansicht nach fehlt der Studie jeglicher rechtliche, politische und gesellschaftliche Realitätssinn.

8. Vorsicht vor falschem Gold aus Asien

2014 hat der Goldpreis seine Talsohle durchschritten, seitdem geht es wieder bergauf – wenn auch nicht steil und nicht ohne erneute Korrekturen. Viele Analysten prophezeien einen stetigen Anstieg für die nächsten Jahre. Hinzu kommt die derzeitige psychologische Situation: Die politisch unsicheren Zeiten und die unberechenbaren Märkte wecken in vielen (Privat-)Anlegern den Wunsch nach einem Sachwert, den man gut handhaben, zu Hause aufbewahren und nötigenfalls schnell wieder in Liquidität umwandeln kann.

Die steigende Nachfrage lockt allerdings auch vermehrt schwarze Schafe auf den Markt, wie professionelle Edelmetallhändler warnen. Bei diesen landen immer häufiger Goldfälschungen, die Privatanleger arglos im Internet gekauft haben und nun zu Geld machen wollen. Vor allem aus Asien stammen Angebote, deren günstigem Preis viele Goldkäufer offenbar nicht widerstehen können. Am Ende stellt sich heraus, dass es sich lediglich um vergoldetes Messing oder Ähnliches handelt.

Es gilt eben in der Geldanlage wie im Leben: Wenn ein Angebot zu schön klingt, um wahr zu sein, sollten die Alarmglocken schrillen.